

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
175 · Ausgabe AG · Mai 2018



NACH VIER JAHREN IST SCHLUSS

Nach vier Jahren verabschiedet sich unser Parteipräsidium. Anders, als man es nach der etwas gar lustigen Vorstellung am Parteitag im Juni 2014 befürchten mochte, bewährte sich das ungleiche und doch bestens zusammenpassende Paar zunehmend: Die Reorganisation des Sekretariats brachte klarere Strukturen und bessere Zugänglichkeit. Die stets gut besuchten kommunalpolitischen Tagungen und weitere Bildungsveranstaltungen, die erfolgreichen Basiskampagnen (Telefonaktionen) vor Abstimmungen und Wahlen und auch die von der Kantonalpartei unterstützten Kommunalwahlkämpfe verstärkten die politische Handlungsfähigkeit, dazu kamen Initiativen, gerade wurde die so genannte «Gegensteuerinitiative» lanciert, und Referenden, meist gegen die unsägliche Finanzpolitik des Kantons. Sogar die eingeschlafenen Fachausschüsse haben Elisabeth und Cédric wiederbelebt und noch mit dem Fachausschuss Migration bereichert. Eine Erfolgsgeschichte, trotz der ungefreuten nationalen Wahl 2015.

Die Co-Präsidentin und der Co-Präsident haben viel erreicht, die SP Aargau ist in gutem Zustand. Sie haben nicht enttäuscht. Sie haben der Partei und ihren Mitgliedern das gute Gefühl vermittelt, dass von Aarau aus für die SP-Anliegen vorausschauend, verlässlich, gemeinsam und auf hohem Niveau gearbeitet wird. Und sie haben persönlich an Statur gewonnen. Es war für Elisabeth und Cédric viel Arbeit. Sie blieben dabei stets gelassen, zuversichtlich und zugeneigt. Für dies alles danken wir.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag.

GEGENSTEUERINITIATIVE

Zurück zu einer vernünftigen Steuerpolitik!

DIE BÜRGERLICHE STEUERPOLITIK IM AARGAU MUSS UNBEDINGT VERÄNDERT WERDEN. DENN SIE WILL NICHT LEBENSQUALITÄT FÜR ALLE, SONDERN DEN STAAT IN NEOLIBERALER MANIER HERUNTERFAHREN. MIT UNSERER VOLKSINITIATIVE GEBEN WIR GEGENSTEUER.

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.



Seit 2006 wurden in mehreren Runden Steuern für Gutverdienende und für die Wirtschaft gesenkt. Jetzt hat der Kanton kein Geld mehr für die wichtigsten Leistungen: Es fehlen mittelfristig jährlich 200 Millionen Franken. Das spüren wir bei empfindlichen Abbaumassnahmen in der Bildung, im Sozialbereich, in der Sicherheit oder bei der Umwelt: Die breite Bevölkerung hat nichts von den Steuergeschenken an wenige Reiche, sondern zahlt drauf oder muss verzichten.

Die zynische Forderung der Bürgerlichen «den Gürtel enger schnallen» trifft daneben: Im Kantonsvergleich hat der Aargau die günstigste Verwaltung. Aber diejenigen, die von Steuersenkungen am meisten profitiert haben,

könnten etwas mehr Steuern bezahlen und würden es kaum merken. Von moderaten Steuererhöhungen wären nur rund 15 Prozent der Privatpersonen und 5 Prozent der Unternehmen – darunter keine KMU – betroffen.

Unsere Initiative bringt jährlich 125 Millionen Franken Mehreinnahmen. Zusammen mit der Millionärsteuerinitiative der JUSO stopft sie das Finanzloch. Und wir stoppen die schädliche Steuersenkungsspirale – für einen Aargau mit Zukunft!

Das will unsere Gegensteuer-Initiative:

Hohe Privateinkommen: Die Initiative bringt eine Erhöhung der Tarife ab 100 000 Franken steuerbarem Einkommen, für Familien ab 200 000 Franken. Zudem steigt der Maximalsteuersatz von bisher 11 Prozent auf bis zu 13 Prozent bei über 500 000 Franken.

Dividendenbesteuerung: Wer Dividenden erhält, zahlt dafür heute weniger Steuern – ohne einleuchtende Begründung. Der

Aargau belastet Dividendeneinkommen nur zu 40 Prozent, während Einkommen aus Arbeit zu 100 Prozent versteuert wird! Die Initiative bringt eine Dividendenbesteuerung von mindestens 80 Prozent.

Unternehmensgewinnsteuern: Der Aargau kennt heute zwei Gewinnsteuersätze für Unternehmen: 5,5 Prozent bis 250 000 Franken Reingewinn, danach 8,5 Prozent. Neu steigt der Satz moderat an: 9,5 Prozent für den Gewinnanteil zwischen 500 000 und 1 000 000 Franken, darüber 10,5 Prozent.

Kapitalsteuer: Unternehmen können die Gewinnsteuern heute an die geschuldeten Kapitalsteuern anrechnen lassen: Wer schon hat, dem wird noch gegeben! Die Initiative schafft dieses System, das sich mit keinem Argument rechtfertigen lässt, ab.

Mach mit beim Unterschriften sammeln! Ausführliches Argumentarium und Infos zur Aktionswoche vom 28. April bis 6. Mai: www.gegensteuer-initiative.ch.

KOMMENTAR



I oder E

Ab dem 1. Juli 2018 gilt für Berufe mit einer erhöhten Arbeitslosigkeit die Stellenmeldepflicht. Zunächst für Berufe mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als 8 Prozent; ab 2020 wird der Schwellenwert auf 5 Prozent gesenkt. Betroffen sind zum Beispiel Berufe aus dem Gastgewerbe, dem Bau und der Landwirtschaft.

Im letzten Jahr verhandelten Kantone und Bund intensiv über die sogenannte Integrationsagenda. Ziel ist es, die Integration junger Flüchtlinge gezielt und strukturiert voranzutreiben, durch Spracherwerb und Berufsbildung. In diesen Tagen wird der Bundesrat darüber entscheiden, ob ab 2019 die Integrationspauschale für die Kantone von 6000 auf 18 000 Franken erhöht wird. Seit einigen Jahren betreibt der Kanton Aargau in Menziken die Pforte Arbeitsmarkt, ein schweizweites Pilotprojekt. Hier unterstützen das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV), die Invalidenversicherung (IV) und die kommunalen Sozialdienste gemeinsam und koordiniert die Arbeitsmarktintegration stellenloser Männer und Frauen. Ab Frühjahr 2019 soll die Pforte Arbeitsmarkt im ganzen Kanton umgesetzt werden.

In all diesen Bereichen geht es darum, Menschen, die es auf dem Arbeitsmarkt schwer haben, eine reelle Chance zu geben. Integration ist nicht nur ein gesellschaftlicher Auftrag, sondern auch eine Forderung der ökonomischen Vernunft. Die Alternative ist Exklusion, Ausschluss. Sie ist unmenschlich und unendlich teuer – selbst wenn die Sozialhilfe im Aargau dereinst gekürzt werden sollte.

Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

ZUM RÜCKTRITT VON ELISABETH BURGNER UND CÉDRIC WERMUTH

Das bewegte Pr

LIEBE ELISABETH, LIEBER CÉDRIC, VIELEN DANK FÜR VIER BEWEGTE JAHRE! DASS IHR DAS PARTEIPRÄSIDIUM VERLÄSST, IST UND BLEIBT EIN JAMMER. DENN IHR HABT DIE SP AARGAU VORWÄRTSGEBRACHT – AUCH DANN, WENN ES ZUERST NICHT DANACH AUSSAH ...

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.



Euer Start im Frühsommer 2014 war nicht nur von Enthusiasmus begleitet. Da präsentierte sich doch ein sehr unterschiedliches Duo: Hier die etablierte Bildungs- und Umweltpolitikerin mit Gemeindeanschluss, die NAGRA, ENSI und Co. schon das Fürchten

gelehrt hatte – da der Jungspund, der mit medientauglichem Mundwerk Bern aufmischte und nur langsam staatsmännisch zu werden schien. Allerdings konnte man sich schon bei eurer Tournee durch die Sektionen überzeugen: Da hatten zwei wirklich Lust, etwas Neues anzugehen, und das zusammen.

Dass ihr verschiedene Erfahrungen mitbrachtet und auch unterschiedlich an Dinge herangeht, hat man immer wieder gemerkt. Zum Beispiel bei Diskussionen in der Geschäftsleitung – verstärkt durch die neckische Tatsache, dass dort das Präsidium nur eine Stimme hat. Um euch gegeneinander

Gut war's!



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und bis 9. Juni 2018 Co-Präsidentin der SP Aargau.

So richtig angefangen hat es vor fünf Jahren in einem arabischen Restaurant in Basel. Bei scharfem Essen tauschten Cédric und ich uns ein erstes Mal über ein mögliches Co-Präsidium aus. Wir hatten ähnliche Vorstellungen, wie wir eine Partei führen würden: so nah wie möglich bei den Mitgliedern wollten wir sein, Bildungsarbeit intensivieren und anstecken mit unserer Begeisterung für die Politik. Cédric und ich kannten uns aus der gemeinsamen Geschäftsleitungsarbeit, und wir schätzten uns gegenseitig, politisch wie persönlich. Also probierten wir es, fingen Feuer, und ich habe das Wagnis nicht einen Moment bereut!

Streng, sehr streng waren die letzten vier Jahre, aber spannend, interessant, prickelnd, aufregend und gut. Der Entscheid, nun zurückzutreten, ist richtig, auch wenn am 9. Juni, unserem letzten präsidialen Tag, mit Sicherheit bei mir Wehmut aufkommen wird.

Zwei Wahlen haben wir gewonnen, eine – die Nationalratswahlen – leider verloren. Die Bildungsanlässe und Tagungen wurden rege besucht, die Zusammenarbeit mit den Sektionen hätte ich mir noch intensiver gewünscht. Kampagnen wie gegen den Poststellenabbau und der Aufstand für Anstand waren ein voller Erfolg, die Mobilisierung für die Abstimmungskämpfe verlief hingegen eher etwas träge.

Wie messe ich also zum Schluss den Erfolg oder den Misserfolg meiner präsidialen Arbeit? Ich weiss es nicht. Einiges ist gelungen, und es wäre schön, wenn es fortgesetzt würde, anderes hätte besser laufen können. Was mir aber bleibt, ist ein starkes Gefühl der Freude und Zufriedenheit, zusammen mit euch eine sehr intensive und gute Zeit erlebt zu haben. Danke!



VOM PARTEIPRÄSIDIUM

Präsidium

auszuspielen wie als Kind Mutter und Vater, dazu wart ihr dann aber doch zu gut organisiert. Und Mutter und Vater der Partei wollten ihr wohl nicht sein ...

Aber mit eurer Mischung aus Verschiedenartigkeit und Organisiertheit habt ihr es fertiggebracht, bei allen Vertrauen zu schaffen. Ihr fandet den Draht zu allen und habt so die Breite unserer Partei aufleben lassen.

Ihr konntet beides: Erfolge lustvoll feiern, aber auch bei Misserfolgen und Unstimmigkeiten das Care-Team geben. Und beides war nötig zwischen den Nationalratswahlen 2015 mit Sitzverlust und dem wiederholten kantonalen Wahlerfolg im Herbst 2017.

Dass unsere Partei nach einem vermeintlichen Tiefpunkt 2015 neuen Elan fasste, sich inhaltlich schärfte und umso fulminanter und lustvoller sich in nächste Wahl- und Abstimmungskämpfe stürzte, um sie zu ge-

winnen, hat viel mit eurer Arbeit zu tun: Ihr habt unsere Partei als Bewegung geführt.

Ihr habt zwar auch Strukturen gefestigt. Vor allem aber habt ihr Botschaften formuliert und etabliert – und das durchaus hartnäckig. Und ihr wart präsent, manchmal schon fast etwas aufdringlich: Ihr gingt auf die Sektionen zu, auf die Gremien und auf Funktionsträger*innen. Und irgendwie habt ihr in uns allen ein Feuer entfacht. Ihr habt uns dazu gebracht, zu tun was wirklich wichtig ist und woran wir eigentlich glauben: Dank euch haben sich Gemeinderät_innen ausgetauscht, sind Jusos manchmal vernünftig geworden, haben müde Sektionen bewegte Wahlkämpfe hingelegt, Grossrät_innen Farbe bekannt und Skeptiker_innen Telefonieren gelernt. Manchmal war es mühsam mit euch, aber ihr wart immer da – eben doch wie Mutter und Vater ...

Ich danke euch für vier bewegte Jahre der Zusammenarbeit – nach denen ihr die SP Aargau bewegt zurücklässt. Deshalb wird eure Arbeit nachhaltig sein. Von der SP Aargau wird man noch hören, und von euch beiden wohl auch!

Gemeinsam vorwärts!

Cédric Wermuth
von Zofingen ist
SP-Nationalrat und
bis 9. Juni 2018
Co-Präsident der
SP Aargau.



Man soll ja bekanntlich gehen, wenn's am schönsten ist. Selten in meinen Leben hat eine Alltagsweisheit so genau gepasst wie beim Rücktritt aus dem Co-Präsidium der SP Aargau. Im Rückblick fällt vor allem auf, wie unglaublich schnell die immerhin vier Jahre vorbei gegangen sind.



Und welchen Ritt wir dabei zurückgelegt haben: Vom Jammertal der Nationalratswahlen (2015) über den grössten Wahlsieg bei Grossratswahlen seit dem 2. Weltkrieg (2016) bis zur neu stärksten Partei in den Aargauer Einwohnerräten (2017). Elisabeth und ich sind angetreten mit der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Partei aus Inhalt, Bildung, Bewegung und vor allem viel harter Arbeit besteht. Auf allen Ebenen sind wir in dieser Zeit, so glaube ich, gut vorwärts gekommen. Wir sind nicht überall dort, wo wir sein wollen, das ist klar. Mir ist bewusst, dass wir teilweise viel von euch allen verlangt haben in dieser Zeit, von manchen sehr viel. Aber nur so funktioniert der Turnaround, in dem die SP Aargau ehrlicherweise noch mitten drin steckt.

Mir bleibt vor allem die Dankbarkeit. Immer wieder durften wir auf zahlreiche Genossinnen und Genossen und ihre Zeit zurückgreifen. Menschen, die einen grossen Teil ihres Lebens unseren Idealen widmen. Als allererstes natürlich das Team im Sekretariat der SP Aargau. Etwas mulmig und wehmütig zumute ist mir schon, jetzt, da der 9. Juni näher rückt. Aber es ist ja kein eigentlicher Abschied, sondern höchstens ein Funktionswechsel. Die SP Aargau hat mir persönlich sehr jung sehr viel ermöglicht, dafür stehe ich weiter in ihrer Schuld. Eine Schuld, die abzutragen ich mich auch die nächsten Jahre sehr freue – gemeinsam vorwärts!

KOMMENTAR



Die gute Zusammenarbeit weiterführen

Am nächsten Parteitag wählt die SP Aargau ein neues Präsidium. Als JUSO Aargau hoffen wir natürlich, dass wir die gute Zusammenarbeit mit dem nächsten Präsidium weiterführen können. Im bürgerlich geprägten Aargau ist es wichtig, dass wir unsere Kräfte bündeln und gemeinsam gegen die Abbaufetischist*innen in Parlament und Regierung kämpfen.

Zuerst möchten wir uns aber bei Elisabeth und Cédric für ihren Einsatz und die gute Kooperation bedanken.

Bereits im Herbst dieses Jahres wird ein Zusammengehen von SP und JUSO nötig sein. Die Millionärsteuer kommt am 23. September zur Abstimmung. Damit wir diese gewinnen können, braucht es eine nachhaltige Kommunikation zwischen SP und JUSO. Als junge linke Kraft fordern wir die konsequente Weiterführung der bisherigen Politik der SP Aargau. Das bedeutet, dass auch das neue Präsidium sich weiterhin klar antikapitalistisch, feministisch und antirassistisch positioniert und so agiert.

Für uns ist es ausserdem wichtig, dass das neue Präsidium unsere Anliegen aufnimmt und ihre Wichtigkeit anerkennt. Auch wenn wir uns nicht immer überall einig sind, müssen wir die Standpunkte klären, und uns stets bewusst bleiben, dass wir für dieselbe Sache kämpfen.

Die bereits gut funktionierende Zusammenarbeit kann noch ausgebaut werden. Gerade im Bereich der politischen Bildung können wir stark voneinander profitieren. Einen ersten Schritt dazu haben wir mit dem Bildungstag zum Generalstreik im September bereits geplant.

Sandro Covo von Jonen ist Co-Präsident JUSO Aargau und Vorstandsmitglied der SP Bezirk Bremgarten.

KOMMENTAR



Sozialhilfeabbau ist ein Skandal

«Einsparungen durchsetzen» lautet das Motto zurzeit vielerorts, wenn von Sozialhilfe die Rede ist. Der Kanton Bern hat es vorgemacht, der Aargau will folgen. Hier sollen die Kürzungen bis zu 30 Prozent betragen. Für Sozialhilfebezüger*innen bedeutet dies Verzicht auf ein soziales Leben, auf wichtige notwendige Dinge, denn dafür braucht es Geld. Wollen wir das? Sicher ist die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger gestiegen, und es kann verunsichern, wenn die Sozialkosten steigen – jedoch gemessen am BIP relativiert sich diese Zahl wieder. Wir dürfen nicht vergessen, dass ein Drittel der von Kürzungen betroffenen Menschen Kinder unter 17 Jahren sind. Was bedeutet das für deren Zukunft? Wenn wir ihnen die Perspektive nehmen, nehmen wir ihnen die Chancengerechtigkeit. Kinder haben die Abhängigkeit nicht gewählt, sie möchten als Jugendliche einen Weg finden, um selbständig für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Zudem bestrafen wir einmal mehr die Frauen. Im Arbeitsleben fehlt immer noch die Lohngleichstellung, Frauen übernehmen häufiger Familienarbeit, und müssen Ältere gepflegt werden, übernehmen sie die Pflege und reduzieren ihr berufliches Pensum. Bei einer Scheidung sind sie auch heute noch als Alleinerziehende stark armutsgefährdet. Sozialhilfekürzungen betreffen also nicht in erster Linie Betrügende und Profiteure, sondern vor allem Frauen, Kinder und Familien. Wie heisst es doch in unserer Bundesverfassung: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.» Halten wir uns daran!

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin.



«Yes, we care!»

AM 10. MÄRZ 2018 TRAFEN SICH ÜBER 30 SP-MITGLIEDER IM GROSSRATSGEBÄUDE IN AARAU ZUR 10. KOMMUNALPOLITISCHEN TAGUNG UND DISKUTIERTEN ZUM THEMA «HERAUSFORDERUNGEN DES ALTERS FÜR DIE GEMEINDEN».



Julia Hoppe von Herznach ist politische Sekretärin der SP Aargau.

Kanton und Gemeinden, zunehmend auch Privatpersonen werden in Zukunft vor Herausforderungen im Gesundheitsbereich gestellt. Pflegegesetz, Spitexangebot, Pflegeinstitutionen, Wohnformen – können diese Probleme gemeindeübergreifend gelöst werden? Gibt es ein ausreichendes Angebot? Wie sieht die langfristige Finanzierung dieser Bereiche aus? Ist eine gemeinde-/bezirksübergreifende Zusammenarbeit möglich?

Yvonne Feri, früher Gemeinderätin mit Ressort Soziales, heute Nationalrätin, sprach über den Umgang mit dem «vierten Alter» der Behörden und Gemeinden. Die Menschen werden immer älter. Die «Golden-Ager» erfreuen sich jedoch nicht alle bester Gesundheit. Da diese Bevölkerungsgruppe heute länger jung bleibt und am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, müssen klassische Arbeitsmodelle überdacht und Mitarbeitende in die Lösungsansätze eingebunden werden. Die Erhöhung beziehungsweise Flexibilisierung des Pensionsalters dient auf der einen Seite der Finanzierung der AHV, andererseits muss die Organisation der Pflege ausgebaut und verbessert werden, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden.

Die zweite Referentin Heidi Witzig konzentrierte sich auf das Thema «Care-Arbeit». Zwar stehe das Wohlbefinden der älteren Personen im Zentrum, aber dieses sei nur zu gewährleisten mit einem Umfeld, in dem die Arbeitnehmenden gute Arbeit leisten können und deren Arbeitsbedingungen stimmen.

Schweizweit werden jährlich unzählige Stunden unbezahlter Care-Arbeit in Form von Hausarbeiten und Betreuung oder Pflege von Kindern und Erwachsenen meist von Frauen geleistet. Die heutige Angehörigenpflege und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, inklusive Angehörigenpflege müssen dringend überdacht werden! Die Versorgungslücken werden meist durch Ausländer_innen aufgefüllt. In der Regel abseits vom regulären Arbeitsmarkt, mit schlechten Arbeitsbedingungen und als Schwarzarbeit in Privathaushalten mit tiefen Löhnen, ohne Altersvorsorge und ohne geregelte Arbeitszeiten.

Der Gesundheitsbereich ist ökonomisiert, Dienstleistungen müssen kostengünstig angeboten werden. Dies führt nicht selten zu einem Konflikt, da sich die geforderte und bezahlte Dienstleistung und das berufliche und ethische Verständnis der Arbeitnehmenden nur schwierig vereinbaren lassen. Die Forderungen daraus:

1. Sicherung der Ergänzungsleistungen und Pflegefinanzierung
2. Ambulante Versorgung erweitern, nicht auf Pflege reduzieren
3. Anreizsystem für Pflegerberufe schaffen

In den fünf Workshops zum (Erfahrungs-) Austausch diskutierten Yvonne Feri (Instrumente für Einwohnerräte), Heidi Witzig (Care-Arbeit unter Druck), Regula Dell'Anno Doppler (Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden – Partizipation, Pflege und weitere Praxisbeispiele), Brigitte Rüdin (Gemeindeübergreifende, vom Kanton unterstützte Zusammenarbeit) und Dimitri Spiess (Grenzen der Freiwilligenarbeit) mit viel Engagement in den Gruppen.

¹«Care-Arbeit» = dt. Betreuungsarbeit, umfasst jede personennahe, fürsorgende Dienstleistung, die sowohl bezahlt, als auch unbezahlt geleistet wird.

REFERENDUM GEGEN VERSICHERUNGSSPITZELEI

Gegen den Observierungsstaat

MIT DER ÄNDERUNG IM ALLGEMEINEN TEIL DES SOZIALVERSICHERUNGSRECHTS (ATSG) IST DIE RECHTSKONSERVATIVE MEHRHEIT IN BERN KRASS ÜBER DAS HINAUS GESCHOSSEN, WAS NOTWENDIG IST, UM SOZIALVERSICHERUNGSMISSBRAUCH EINZUDÄMMEN. DESHALB HAT DIE GESCHÄFTSLEITUNG DER SP AARGAU BESCHLOSSEN, DAS REFERENDUM GEGEN DAS GESETZ MITZULANCIEREN.

Cédric Wermuth
von Zofingen ist
SP-Nationalrat und
bis 9. Juni 2018
Co-Präsident der
SP Aargau.



Die inhaltlichen Gründe, die uns zu diesem Entscheid führen:

Gegen das Klima der sozialen Kälte antreten

Nun wird das Resultat der Wahlen 2015 spürbar. Gerade in sozialpolitischen Fragen kippen die Mehrheiten. In der gleichen Session, in der das ATSG beschlossen wurde, baute der Nationalrat 700 Millionen bei den Ergänzungsleistungen ab – und das trotz neun (9) Milliarden Überschuss in der Bundeskasse (inklusive Sozialversicherungen). Überall zieht die Schraube an: im Flüchtlingswesen, bei der Entwicklungszusammenarbeit, in der Sozialhilfe. Dagegen braucht es deutlichen Widerstand.

Den liberalen Staat verteidigen

Der liberale Staat hat einen Kern, den es zu verteidigen gilt: das Recht auf die Privatsphäre. Diese darf nur dann in Frage gestellt werden, wenn es wirklich nicht anders geht. Das ist hier nicht der Fall. Leichtfertig werden alle Bürgerinnen und Bürger unter Betrugsverdacht gestellt, jede Sozialversicherung kann unsere Wohnung überwachen lassen. Das geht zu weit.

Die Kleinen fängt man, die Grossen lässt man laufen – gegen den Klassenkampf von oben

Das gleiche Parlament, das mit der Unternehmenssteuerreform IV den internationalen Grosskonzernen Milliardenengessenke machen will, das tatenlos hinnimmt, dass 20–30 Milliarden jährlich an Steuern hinterzogen werden, das alles tut, um das Schwarzgeldgeschäft unserer Banken zu verteidigen, will jetzt zu den brachialsten Methoden greifen, um auf die kleinen Leute loszugehen. Sozialversicherungsmissbrauch darf nicht geduldet werden. Aber der primäre Schutz gegen den

Missbrauch sind gute Abklärungen bei vertrauenswürdigen Arzt*innen, nicht Detektive.

Nein zu einem Parlament in Sold und Auftrag der Versicherungslobby!

Wie dieses Gesetz von der Versicherungslobby in den Räten durchs Parlament gejagt wurde, war eine Lektion darüber, wie das Schweizer Parlament funktioniert. Plötzlich eilte es. Zum Schluss der Debatte im Nationalrat konnten nicht einmal alle Details geklärt werden. Auch dagegen müssen wir uns mit dem Referendum zur Wehr setzen. Das Parlament soll die Bürgerinnen und Bürger vor Willkür schützen, auch vor jener der Versicherungen – nicht umgekehrt!

Nein zu einem Gesetz, dass uns alle mehr verdächtigt als potentielle Terroristen

Bei der Einführung des neuen Nachrichtendienstgesetzes hat das Parlament monatelang darüber gestritten, wie man am besten Missbrauch verhindert. Das Resultat ist ein aufwendiges und kompliziertes Verfahren und viel Kontrolle bei der Überwachung. Jetzt spielt das keine Rolle mehr: Versicherungen können über die Überwachung selber entscheiden, erst, wenn GPS-Tracker oder Ähnliches eingesetzt werden, muss das ein Gericht bewilligen. Im Klartext: Es wird in der Schweiz zukünftig einfacher sein, Versicherte zu überwachen statt potentielle Terroristen.

Das vorliegende Gesetz trifft uns, zumindest potentiell, alle – es regelt die Überwachung aller Sozialversicherungen. Das geht zu weit. Deshalb trägt die SP Aargau das Referendum mit.

Referendum jetzt herunterladen und unterschreiben:

www.versicherungsspione-nein.ch



«Stoppen wir die Versicherungsspitzel»

KOMMENTAR



STEUERVORLAGE 17

Bundesrat hat aus dem USR-Debakel nichts gelernt

Die Unternehmenssteuerreform III ist mit 59,1 Prozent Nein-Stimmen am 12. Februar 2017 deutlich abgelehnt worden. Das zeigt: Eine generelle Steuersenkung für finanzstarke Unternehmen und ihre Aktionäre auf Kosten der Berufstätigen und Privathushalte ist nicht akzeptabel. Bundesrat Maurer und die Kantonsregierungen scheinen das bis heute nicht verstanden zu haben. Sie wollen die Gewinnsteuern in den Kantonen für rund 200 000 Firmen – darunter auch die UBS und Credit Suisse – generell senken. Obwohl nur rund 500 Firmen von der Abschaffung der vom Ausland kritisierten Steuerprivilegien betroffen sind. National- und Ständerat müssen nun nachbessern.

Die neue Steuervorlage 17 muss ohne Steuerausfälle die vom Ausland kritisierten Steuerprivilegien abschaffen. Die wichtigste Massnahme sind grosszügige Übergangsbestimmungen. Aus Vorsichtsgründen sollte man auch eine zielgerichtete, befristete Patentbox* einführen. Die geplanten generellen Gewinnsteuersenkungen in den Kantonen für 200 000 Firmen um über 40 Prozent sind völlig ineffizient und zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Sie führten zu neuen Abbauvorlagen. Allfällige Kosten der Reform sollen aber von den Firmen und den Aktionären getragen werden. Für die Berufstätigen braucht es spürbare finanzielle Entlastungen. Beispielsweise durch höhere Krankenkassenprämienverbilligungen, Kinderzulagen oder andere sozialpolitische Fortschritte.

Daniel Lampart von Zürich ist Sekretariatsleiter und Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds SGB.

* Die Patentbox ist ein international verbreitetes Instrument bei der Gewinnbesteuerung: Bestimmte Firmenerträge, so aus Patenten, werden «privilegiert», das heisst weniger besteuert. Mit dieser Sonderregelung würde beispielsweise die Basler Pharma in der Schweiz ähnlich besteuert wie im Ausland.

KOMMENTAR



Vollgeld ja oder nein

Die Vollgeldinitiative ist schwer zu erklären. Dies auch deshalb, weil unsere Vorstellungen, wie Banken funktionieren, nicht mehr dem effektiven Funktionieren von Banken entspricht.

Wenn ich 100 Franken auf mein Bankkonto in bar einzahle, gehe ich davon aus, dass mir die Bank diese wieder ersetzt. Hinter meiner 100er Note steckt Vollgeld, die Nationalbank bürgt dafür, dass der Gegenwert von 100 Franken vorhanden ist. Sobald ich diese Note auf mein Konto einzahle, wird diese Note zu Buchgeld. Meine Note, das heisst, mein Vollgeld, gibt sie weiter. Nun ist meine Einlage nicht mehr in ihrer vollen Höhe gesichert, nur bis zu 100 000 Franken sind Bankkonten garantiert.

Jede erwerbstätige Person spart monatlich, die Arbeitgeber_innen zahlen die Pensionskassenbeiträge für uns an die Pensionskassen, und diese verwalten unser Geld. In den Pensionskassen werden riesige Werte verwaltet, es wird mit ihnen im besten Fall zusätzliches Geld erwirtschaftet. Für diese Werte steht kein Vollgeld zur Verfügung, es handelt sich mehrheitlich um Buchgeld. Eine Garantie besteht nicht. Hier sind wir Sparinnen und Sparer verwundbar.

Die Befürworterinnen und Befürworter erhoffen sich eine grössere Stabilität und Sicherheit. Die Gegnerinnen und Gegner sehen den Modellwechsel als Experiment mit einem grossen Risiko für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die SP Schweiz sympathisiert inhaltlich mit der Vollgeldinitiative, lehnt sie jedoch als risikoreiches Experiment ab. Letztendlich dürfte die Vollgeldinitiative daran scheitern, dass sie im Detail nicht zu erklären ist.

Mehr dazu siehe

<https://www.derbund.ch/wirtschaft/standard/Die-Koepfe-hinter-der-Vollgeldinitiative/story/27934364>

<http://www.denknetz-online.ch/vollgeld-debatte/argumente-pro-und-contra-vollgeld-initiative>

Die Rechtsanwältin Claudia Rohrer von Rheinfelden ist SP-Grossrätin.

#Landesstreik #GrèveGénérale

Das Bildungsjahr 2018 zum Landesstreik



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und bis 9. Juni 2018 Co-Präsidentin der SP Aargau.

«Die SP Aargau bietet ihren Mitgliedern neben der tagesaktuellen Alltagsarbeit regelmässig Plattformen der politischen und persönlichen Bildung und des Austausches an, ...» so steht es in unserem Bildungskonzept. 2018 soll die Bildung ins Jubiläum «100 Jahre Landestreik 1918» integriert werden.

Im November jährt sich zum hundertsten Mal die grösste Massenstreikbewegung der bisherigen Schweizer Geschichte. Die Woche vom 7. bis 14. November 1918 gilt als die schwerste innenpolitische Krise seit der Gründung des Bundesstaates von 1848. Mit seinen neun Forderungen nach mehr politischer Mitbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit legte der Landesstreik den Grundstein für zentrale Errungenschaften – Errungenschaften, die ohne die SP nie umgesetzt worden wären. In seiner Folge kam es zu Fortschritten bei den Arbeitsbedingungen, in der Sozialpolitik und in der politischen Partizipation.

Im Rahmen dieses Jubiläums bietet die SP Aargau vier Veranstaltungen an. Drei davon organisieren wir, teilweise mit Partnerorganisationen, selber, bei der letzten schliessen wir uns einem nationalen Anlass an.

14. Juni im Odeon in Brugg – Landesstreikfrauen

Die bekannte Historikerin Elisabeth Joris wird um 20.15 Uhr einen Überblick aus Frauensicht geben und über die damals wenig beachtete Hälfte der Schweizer Bevölkerung sprechen. Um 18 Uhr besteht die Möglichkeit, die Filmvorführung «Generalstreik 1918

– die Schweiz am Rande eines Bürgerkrieges» zu besuchen.

18. August im Arbeiterstrandbad in Tennwil – Fest der Solidarität

Zusammen mit dem Aargauischen Gewerkschaftsbund und dem Arbeiterstrandbad laden wir ab 16 Uhr zu einem Sommerfest ein. Freuen wir uns jetzt schon auf die Reden von Gregor Gysi und Tamara Funicello und auf Dodo Hug und Efisio Contini, die uns Lieder der Arbeiter*innenbewegung vortragen werden.

8. September – 1. Bildungsreise nach Olten

Als ergänzendes Angebot zu den kantonalen Anlässen möchten wir ab diesem Jahr in einem regelmässigen Abstand zu einer Bildungsreise einladen. Für unsere erste bleiben wir in der Region und besuchen Olten, das im Sommer zum Schauplatz eines grossen mehrsprachigen Theaterereignisses zum Landesstreik wird. Dem abendlichen Theaterbesuch wird ein Tagesprogramm vorangehen, das noch in Vorbereitung ist.

10. November – grosser Jubiläumsanlass in Olten

Die SPS, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Robert Grimm-Gesellschaft laden zu dieser Veranstaltung ein, über die wir zu einem späteren Zeitpunkt informieren werden.

In diesem Zusammenhang sucht die SPS auch Geschichten aus den Regionen. Finden sich in euren Archiven oder Chroniken Ereignisse von 1918? Oder Bilder, Anekdoten? Oder plant Ihr selber Aktivitäten? Teilt es doch der SPS unter landesstreik@spschweiz.ch mit.

Informationen über alle Veranstaltungen finden sich auf unserer Homepage und bei unserem Sekretariat.

Wir freuen uns auf viele Interessierte, auf einen informativen Austausch und auf ein fröhliches Zusammensein mit euch.

ABSTIMMUNG GELDSPIELGESETZ

Referendum aus Steueroasen

GELDSPIEL IST WELTWEIT STRENG REGULIERT. GRUND DAFÜR SIND SPIELSUCHT, GELDWÄSCHEREI UND BETRUG. DAS GELDSPIELGESETZ VERPFLICHTET DIE SPIELANBIETER ZUR EINHALTUNG VON WEITGEHENDEN AUFLAGEN. NEBEN DIESEN SCHUTZAUFLAGEN SCHREIBT DER 2012 VOM VOLK DEUTLICH ANGENOMMENE ART. 106 BV VOR, DASS DIE GELDSPIELERTRÄGE GRÖSSTENTEILS GEMEINNÜTZIGEN ZWECKEN (KULTUR, SPORT, SOZIALES UND AHV) ZUGUTEKOMMEN. DABEI GEHT ES UM SEHR VIEL GELD – JÄHRLICH KNAPP EINE MILLIARDE FRANKEN.



Corrado Pardini
von Lyss ist
SP-Nationalrat.

Scheinheilige Argumente der Gesetzesgegner

Gegen das vom Parlament mit deutlichem Mehr verabschiedete Gesetz wurden unter dem Deckmantel der Jungfreisinnigen und der Jungen SVP rund 60 000 Referendums-Unterschriften gesammelt. Argumentiert wurde mit «Internetzensur» und «Protektionismus zugunsten der Schweizer Geldspielanbieter». Bald wurde aber publik, dass die Unterschriftensammlung von Online-Geldspielanbietern aus Malta und Gibraltar mit 500 000 Franken finanziert wurde.

Diese Offshore-Anbieter setzen sich seit über 15 Jahren über die Verbote in der Schweiz hinweg. Sie kassierten so bislang

nahezu eine Milliarde Franken Spielerträge, ohne irgendwelche Auflagen einzuhalten oder in der Schweiz Abgaben und Steuern zu bezahlen. Die Schweizer Behörden sind machtlos, weil sie in Malta und Gibraltar keine Möglichkeit zur Strafverfolgung haben.

Gesetz sichert Sozialschutz und Mittel für Gemeinnützigkeit

Das Geldspielgesetz sieht den Schutz vor dem Zugang zu Offshore-Geldspielangeboten vor. Entsprechende Zugriffe werden auf

Beim Zugangsschutz handelt es sich nicht um einen Präzedenzfall für andere Bereiche. Das ist reine Angstmacherei der Gesetzesgegner.

eine Stoppseite umgeleitet. Sie informiert, dass die betreffende Site in der Schweiz nicht zugelassen ist und die vorgesehenen Schutz- und Abgabeauflagen nicht einhält. Diese Schutzmassnahme kann zwar umgangen werden; Erfahrungen aus dem Ausland zeigen aber, dass «Normal-User» den entsprechenden Aufwand scheuen. 17 weitere europäische Staaten verwenden diesen Zugangsschutz (so Frankreich, Italien, Belgien oder Dänemark), und es kommen laufend weitere dazu.

Neben diesem Zugangsschutz verpflichtet das unter der Leitung von Bundesrätin Sommaruga ausgearbeitete Gesetz die Kantone und vor allem die zugelassenen GeldspielanbieterInnen zu zahlreichen Sozialschutzmassnahmen. Der Schutz wird im neuen Gesetz erheblich ausgebaut und detailliert geregelt. Es handelt sich um eine der europaweit strengsten Schutzregulierungen. Die Kantone sichern die Finanzierung ihrer Präventionsaufgaben mit der Spielsuchtabgabe der Lotteriegesellschaften.

Kein Präzedenzfall

Beim Zugangsschutz handelt es sich nicht um einen Präzedenzfall für andere Bereiche. Das ist reine Angstmacherei der Gesetzesgegner. Geldspiel ist nicht ein normales Gut wie Kleider, Schuhe oder Autoversicherungen. Spielsucht-, Geldwäscherei- und Betrugsgefahr führen zur verfassungsmässig legitimierten Einschränkung und Regulierung des Geldspiels. Wenn im Hinterzimmer einer Bar ein illegales Spiellokal betrieben wird, dann ist für alle klar, dass die Behörden dieses Spiellokal schliessen müssen. Warum sollte dies in der digitalen Welt anders sein?

Ein linkes NEIN zum Geldspielgesetz



Andreas von Gunten
von Kölliken ist
SP-Gemeinderat
und Mitglied der
Geschäftsleitung der
SP Aargau.

Die Befürworter behaupten: Wenn wir das Geldspielgesetz ablehnen, gibt es kein Geld mehr für die Kultur, für den Sport und für die AHV. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst Euch keinen Bären aufbinden. Es wird kein Franken verloren gehen, da bei einer Ablehnung das bestehende System weiterhin funktioniert und aufgrund der Verfassung ein verbesserter Vorschlag ausgearbeitet werden muss.

In diesem Gesetz ist vorgesehen, dass Spielgewinne bis zu einer Million steuerfrei

sein sollen. Eines unserer wichtigsten Anliegen ist, dass alle Einnahmen besteuert werden sollen. Wir kämpfen für eine höhere Dividendenbesteuerung und für Erbschaftsteuern und sollen nun mit diesem Gesetz eine neue Hintertüre für leistungsfreie Gewinne, Steuerricks und Geldwäscherei ermöglichen?

Die Befürworter erklären, dass dieses Gesetz die Abgaben der Lotterien und Spielcasinos zugunsten der Kultur- und Sportförderung und der AHV sichern oder gar erhöhen würde. Diese Behauptung ist schlicht falsch. Denn dadurch, dass die Konzession für Online-Spiele an eine Konzession für lokale Casinos gebunden ist, werden es sich die Casino-besitzer in ihrem Oligopol gemütlich einrichten und gesetzlich geschützt absahnen, was das Zeug hält. Eine viel bessere Lösung wäre gewesen, allen zu ermöglichen, sich an die Schweizer Konzessionsbedingungen zu halten und Spiele anzubieten, solange sie die Ab-

gaben entrichten und die geforderten Massnahmen zur Suchtprävention einhalten, wie das in anderen Ländern bereits erfolgreich gemacht wird. Auf diese Weise würde viel mehr Geld in die Kultur- und Sportförderung und die Sozialwerke fließen.

Als wenn das alles noch nicht genug wäre, haben die Geldspiel-Lobbyisten auch noch ein völlig nutzloses, aber massiv schädliches und menschenrechtswidriges Netzsperrsystem in das Gesetz geschmuggelt. Dadurch eröffnen wir der Internet-Zensur Tür und Tor und schaffen es dennoch nicht, auch nur einen Süchtigen von seinen Spielen abzuhalten. Denn für die eigentliche Herausforderung, die Suchtprävention, geht das Gesetz viel zu wenig weit.

Kurz und bündig: Dieses Gesetz widerspricht so ziemlich allen unseren Werten und Idealen und gehört darum auch von Links abgelehnt.

MILLIONÄRSSTEUER-INITIATIVE

Die Regierung ist festgefahren

Mia Jenni von Obersiggenthal ist Studentin der Germanistik und der Kunstgeschichte, Mitglied des Vorstands der SP-Bezirkspartei Baden, SP-Einwohnerin und Co-Präsidentin der JUSO Aargau.



Nicht wirklich überraschend wurde die Millionärssteuer-Initiative an der Grossrats-sitzung am 6. März 2018 mit 92 zu 37 Stimmen abgelehnt. Dieses Resultat zeigt einmal mehr, wie festgefahren die Politik des bürgerlichen Parlaments und der Aargauer Regierung ist. Blind folgen sie der neoliberalen Trickle-Down Lüge: Die Steuergeschenke der letzten Jahre sollten Unternehmen und Vermögende in den Kanton locken und so die Kantonsfinanzen in Ordnung bringen. Doch diese Wirkung blieb aus. Die Bevölkerung bekommt daher nur noch die Abbaumassnahmen zu spüren, da wichtige Einnahmen fehlen. Klassisch kapitalistisch werden dabei auch Minderheiten angegriffen: Asylbewerber_innen müssen mit 9 Franken pro Tag für Essen, Zugtickets und Hygieneartikel auskommen. Student_innen aus finanzschwächeren Familien müssen sich verschulden, wenn sie studieren wollen, da ein Drittel der Stipendien nun als Darlehen ausgezahlt werden. Den Schüler_innen werden munter Freifächer gestrichen. Die Fachstelle für Gleichstellung wurde abgebaut. Dies, obwohl auch im Aargau die Gleichstellung noch ein weit entferntes Ideal ist.

Anders gesagt: Der Aargau hat die niedrigsten Pro Kopf-Ausgaben aller Kantone. So sehr wird die Bevölkerung von der momentanen bürgerlichen Politik wertgeschätzt.

Wiederbelebung mit der Millionärssteuer

Doch die Fehler des Parlaments müssen nicht von der Bevölkerung wiederholt werden. Seit Jahren zeigen wir Aargauer_innen mit zahlreichen Demonstrationen, Aktionen, Referenden und Solidarität, dass wir den Abbau so nicht dulden. Bald steht nun ein neues und entscheidendes Kapitel dieses Kampfes gegen die schädliche Abbaupolitik an. Mit der Ab-

stimmung über die Millionärssteuer-Initiative geht die JUSO Aargau in die Offensive.

Mit einer Veränderung der Progression der Vermögenssteuer schlägt die Initiative gleich mehrere Fliegen aufs Mal. Vermögen bis zu 575 000 Franken werden entlastet. Tatsächlich belastet würden nur 2 Prozent der Bevölkerung, und zwar jener Teil, der in den letzten Jahren von den Steuergeschenken des Kantons profitiert hat. Die Mehreinnahmen können sich sehen lassen: 79 Millionen Franken mehr für die Gemeinden und 81 Millionen Franken für den Kanton.

Viele schmerzhaft Abbaumassnahmen des fehlgeleiteten Parlaments könnten so rückgängig gemacht werden. Die Gemeinden hätten wieder die Möglichkeit, Infrastrukturen aufzubauen anstatt zu streichen. Die Bedürfnisse der Bevölkerung stünden wieder an erster Stelle und nicht diejenigen des Steuerwettbewerbs. Der Kanton Aargau würde wiederbelebt werden.

Du willst mithelfen? Werde Teil des Komitees und unterstütze die Kampagne mit einer Spende unter millionaerssteuer.ch.

AARGAUER SUPPE




Max Chopard-Acklin & Simona Brizzi

berichten aus dem Grossen Rat

Donnerstag, 17. Mai 2018,
19.30 – 21.00 Uhr
Pröstli, Hertensteinstrasse 1,
5408 Ennetbaden



SP

Mit offerierter Suppe.

AGENDA

2. Juni 2018, 10–13 Uhr,
 Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
Andi Gross: Die unvollendete direkte Demokratie. Bildungstagung der SP Aargau.
 Ob der Anlass durchgeführt wird, wird auf der Homepage der SP Aargau (<http://www.sp-aargau.ch/aktuell/agenda/>) mitgeteilt. Bitte meldet Euch im Parteisekretariat an.

9. Juni 2018, 10–17 Uhr, Bad Zurzach
Ordentlicher Parteitag

10. Juni 2018
Abstimmungssonntag

14. Juni 2018, Odeon, Brugg
Landesstreikfrauen: 18 Uhr: Film «Generalstreik 1918 – die Schweiz am Rande eines Bürgerkrieges», 20.15 Uhr: Elisabeth Joris mit einem Überblick über den Landesstreik aus Frauensicht. Bitte meldet Euch im SP-Sekretariat an.

18. August 2018, ab 16 Uhr, Arbeiterstrandbad Tennwil
Fest der Solidarität der SP Aargau und des Aargauischen Gewerkschaftsbunds mit Gregor Gysi, Tamara Funciello, Musik Dodo Hug und Efisio Contini. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.

8. September 2018,
 1. Bildungsreise nach Olten
Grosses mehrsprachiges Theaterereignis zum Landesstreik. Dem abendlichen Theaterbesuch geht ein Tagesprogramm voran, das noch in Vorbereitung ist. Die SP Aargau hat Karten reserviert. Bitte meldet Euch im SP-Sekretariat an.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,
 Postfach, 5001 Aarau
 Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
 Erscheint 6 Mal pro Jahr
 Auflage links.ag: 3255
 Redaktion: Katharina Kerr,
katkerr@katkerr.ch
 Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
 16. April 2018
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
 18. Juni 2018
 Erscheinen nächste Ausgabe:
 29. Juni 2018

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
 Elisabeth Burgener, Sandro Covo, Dieter Egli, Yvonne Feri, Urs Hofmann, Julia Hoppe, Mia Jenni, Katharina Kerr, Daniel Lampart, Corrado Pardini, Claudia Rohrer, Andreas von Gunten, Cédric Wermuth, David Zehnder (Fotos S. 9 und 11).

ABSTIMMUNGEN VOM 10. JUNI 2018 PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

- Volksinitiative vom 1. Dezember 2015 «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» NEIN
- Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS): NEIN

Auf kantonaler Ebene findet keine Abstimmung statt.